

NZZ Nr. 156, 9.7.10
Seite 19

Den Zeitzwang durch Zeitfreiheit ersetzen

Zeit ist Geld, aber nicht nur. Zeit ist Freiheit oder könnte sie sein. Unter heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsbedingungen ist Zeit vor allem Zwang. Dies gilt nicht nur für den Arbeitsdruck, sondern auch im Familienleben. Eine eigentliche Zeitpolitik sollte Zeitzwang durch Zeitfreiheit ersetzen. Von René Levy

Die Vorherrschaft der «Normalfamilie» ist längst vorbei, doch unser Bild vom Familienleben ist nach wie vor stark vom traditionellen Ideal geprägt. Was uns als Normalfamilie erscheint, war nie so weitgehend realisiert wie in der Mitte des 20. Jahrhunderts: ein Vater als Geldverdiener, eine Mutter als tüchtige Haushälterin und Erzieherin, die dem ausserhalb der Familie beschäftigten Paterfamilias intern den Rücken freihält und darin ihre Erfüllung findet. Die Sozialgeschichte der Familie zeigt, dass dieses «bürgerliche» (nicht etwa agrarische) Familienmodell sich im 19. Jahrhundert in Europa verbreitet hat und ins Funktionieren der Institutionen integriert wurde, die damals aufgebaut wurden (Schule, industrielle Arbeitswelt, Recht). Im 20. Jahrhundert dann ist das Modell zur gesamtgesellschaftlichen Idealvorstellung aufgestiegen.

«Zeitpolitik»

Inzwischen hat sich vieles verändert. Frauen verzichten weniger leicht der eigenen Familie zuliebe auf ihre Autonomie, Familien sind teuer geworden und brauchen häufig zwei Einkommen, um finanziell durchzukommen, die Sicherheit der männlichen Erwerbstätigkeit wurde durch Rezessionen, globalisierungsbedingte Arbeitsplatzexporte und renditegetriebene Rationalisierungsmassnahmen löchriger. Hinzu kommt eine stetig zunehmende Individualisierung der Lebensbedingungen, in deren Verlauf auch Familien immer stärker auf ihre eigenen Ressourcen angewiesen sind, und eine

Verkürzung des Lebensabschnitts, der für das Kinderhaben in Frage kommt, weil vor allem jene Frauen und Männer, die aufgrund ihrer Qualifikationen auf berufliche Verbesserung hoffen können, die Elternschaft zeitlich hinausschieben und so ihrer biologischen Barriere immer näher kommen.

Die Schweiz steht mit dieser Entwicklung nicht allein da, deshalb sind entsprechende Analysen in anderen europäischen Ländern auch für die Schweiz von Belang, etwa der siebte deutsche Familienbericht. Der Bericht kommt zu zwei wesentlichen Schlüssen: Erstens zieht das Familienleben bei den Anpassungszwängen, die die gegenwärtigen Entwicklungen auf die praktische Lebensführung der Menschen ausüben, immer deutlicher den Kürzeren. Zweitens kann die Situation für Familien dann verbessert werden, wenn unterstützende Massnahmen an spezifischen Hebelpunkten angreifen. Neben gezielter finanzieller Unterstützung, um Berufsunterbrechungen beider Elternteile und Entlastung von Familienaufgaben wirtschaftlich tragen zu können, und neben Entlastungsinstitutionen wie Krippen und Ganztageschulen, deren ausreichende Benützung nicht von der Kaufkraft abhängt, brauchen Familien – und nicht nur sie – Veränderungen der institutionellen Funktionsweisen und besonders Rhythmen, die in Ländern wie Deutschland oder Italien heute unter dem Stichwort der Zeitpolitik zusammengefasst werden. Dies wurde in der Schweiz bisher noch kaum diskutiert. Die verfügbare Zeit ist eine unvermehrte Ressource, die ein Individuum oder eine Familie nur selten für mehrere Zwecke ver-

wenden kann. Daraus ergibt sich namentlich das Nullsummenspiel zwischen Berufs- und Familienzeit. Es hängt von einer Reihe sozialer Regelungen ab, wie Stundenplänen an Schulen, Öffnungszeiten von Geschäften, Ämtern und öffentlichen Diensten, Arbeitszeitregelungen und anderem mehr. Die heute vorherrschende Situation baut, aus der Perspektive von Familien gesehen, stark auf das Vorhandensein einer erwachsenen Person, die zeitlich dafür verfügbar ist, für die Familie eine Reihe von Dienstleistungen zu erbringen, die zwingend während der üblichen Arbeitszeit Erwerbstätiger stattfinden müssen. Das schliesst Vollzeitberufstätigkeit dieser Person weitgehend aus. In den meisten Paaren ist dies, ohne Überraschung, die Frau.

Bürger- und familienfreundlich

Eine nicht nur familien-, sondern allgemeiner bürgergerechte Zeitpolitik muss die Komplexität ineinandergreifender Regelungen ernst nehmen. Erfolgreiche Beispiele von Zeitpolitik auf kommunaler Ebene gibt es bereits in Deutschland (Pilotprojekte in Bremen und Hanau mit der Einsetzung von Zeitbeauftragten, Koordinationsbüros usw.), in Italien, in den Niederlanden, Dänemark oder Schweden. Konkret geht es etwa darum, die Öffnungszeiten verschiedener Dienste so zu koordinieren, dass beispielsweise Arztpraxen im Turnus an einem Abend oder am Samstag offen sind, Handwerksbetriebe Reparaturen auch zu solchen Zeiten durchführen, angekommene Pakete zu sol-

chen Zeiten und an gut erreichbaren Orten abgeholt werden können, dass die öffentlichen Dienste auf ihre Bürger- und besonders familienfreundlichkeit hin überprüft und allenfalls umorganisiert werden, dass Schulzeiten Eltern nicht vor oft unüberwindliche Koordinationsprobleme stellen, dass Zeitbrücken für berufstätige Eltern durch dafür eigens qualifizierte Senioren und Seniorinnen geschaffen werden, für deren Vermittlung eine Kontaktstelle eingerichtet wird, dass familienfreundliche Benützungsmöglichkeiten im Einzelhandel geschaffen werden (Eltern-Kind-Kasse, Bringservice, Wickelraum, betreute Kinderecke), dass ein Netz aktiver Senioren und Seniorinnen oder junger Menschen punktuell, z. B. an einem Wochenende, Eltern oder Pflegende entlasten (Zeitinseln) oder dass Vereine und andere Freizeitanbieter spezifische Angebote für Väter mit Kindern entwickeln.

Es kann nicht darum gehen, alle standardisierten Zeiten variabel zu machen, sondern neue, insgesamt sicher flexiblere Zeitregime zu finden, die der Vielfalt praktischer Lebenssituationen und legitimer Interessen ausgeglichener Rechnung tragen. Es ist an der Zeit, auch in der Schweiz Zeit als beschränkte Ressource zu behandeln, deren Verwendung einer gesellschaftlichen und nicht nur individuellen Regelung bedarf, damit Zeitzwänge durch Zeitfreiheit ersetzt werden.

René Levy ist emeritierter Professor der Soziologie an der Universität Lausanne und Mitglied von «kontrapunkt», dem zurzeit 26-köpfigen Schweizer Rat für Wirtschafts- und Sozialpolitik.